

Bericht in „Der Standard“

Die OSZE verdient Unterstützung statt Missachtung durch die Großmächte

Die Außenminister Russlands und der USA blieben der Tagung in Wien fern, ihre Vertreter ließen an der Organisation kaum ein gutes Haar

Von Gerald Schubert, Der Standard, 5. Dezember 2025, 15:50

<https://www.derstandard.at/story/3000000299442/die-osze-verdient-unterstuetzung-statt-missachtung-durch-die-grossmaechte>



Getrübte Stimmung beim Außenministerrat der OSZE in der Wiener Hofburg. EPA/ANTHONY ANEX

Bei ihrem Außenministertreffen in der Wiener Hofburg war die Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa zur Nabelschau verdammt. Seit Jahren operiert die OSZE mit einem Notbudget, auch diesmal konnten sich die Mitgliedsstaaten nicht auf einen Haushalt einigen. Die Verhandlungen über das Vorsitzland 2027 blieben ebenfalls erfolglos.

Weil die Außenminister Russlands und der USA nicht nach Wien gekommen sind, waren auch in Sachen Ukraine keine Fortschritte zu erwarten. Russlands Vizeaußenminister sprach von einer "Ukrainisierung" der OSZE, die ein Instrument des hybriden Kriegs geworden sei. Der US-Vertreter, ein weithin unbekannter Beamter, warf ihr Ideologisierung vor, forderte drastische Einsparungen und drohte mit Austritt.

Expertise bitter nötig

Gleichzeitig rückte er Donald Trumps Bemühungen, "den Frieden in Europa wiederherzustellen", ins Zentrum. Doch die Strategie des US-Präsidenten, in der dessen Schwiegersohn und ein Immobilienentwickler die Hauptrollen spielen, täuscht Tempo und Effektivität lediglich vor. Sie produziert Schlagzeilen, scheiterte aber trotz Avancen Richtung Kreml bisher stets an Moskau.

Zur Diplomatie gehört auch das Bohren dicker Bretter. Dazu braucht man Institutionen mit Expertise und langem Atem. Gerade, wenn die USA selbst lieber auf wackelige

Schwiegersohn-Diplomatie setzen, sollten sie die OSZE zumindest als stabile Grundlage eines künftigen Friedensprozesses fördern, statt sie unter Druck zu setzen. (Gerald Schubert, 5.12.2025)

Mehr zum Thema in Der Standard

[Die großen Probleme der OSZE bleiben nach Außenministerrat in Wien ungelöst](#)

[Die OSZE ringt in Wien um ihre Bedeutung auf der Weltbühne](#)

[Getrübte Erwartungen an den OSZE-Außenministerrat in Wien](#)

[US-Diplomat über Kushner und Witkoff: "Sie fragen nur Russland, was es will"](#)

[Diplomat Sajdik zu Ukraine-Gesprächen: "Unvorstellbar schlechte Vorbereitung"](#)

Bericht in „Mein Bezirk“

Heldenplatz

OSZE-Ministerratssitzung sorgt für Platzverbot in Wiener City

Von [Antonio Šećerović](#), Mein Bezirk, 3. Dezember 2025, 07:01 Uhr

https://www.meinbezirk.at/innere-stadt/c-lokales/osze-ministerratssitzung-sorgt-fuer-platzverbot-in-wiener-city_a7865630

Die 32. OSZE-Ministerratssitzung am Wiener Heldenplatz sorgt bereits ab Mittwochnachmittag für ein Platzverbot. Hier treffen sich die Außenminister von 57 Staaten.

WIEN/INNERE STADT. Seit genau 30 Jahren befindet sich der Sitz des Sekretariats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, oder auf Englisch OSCE) in Wien. Die Rede ist von der größten regionalen Sicherheitsorganisation der Welt, aktuell sind 57 Mitgliedstaaten aus Europa, Nordamerika und Zentralasien dabei.

Die kommende Ministerratssitzung der OSZE – die 32. an der Reihe – findet am Donnerstag, 4., und Freitag, 5. Dezember, in Wien statt. Eigentlich sollte es in Helsinki stattfinden, doch damit man den Reiseaufwand für die teilnehmenden Staaten sowie das Sekretariat reduzieren kann sowie die Umweltauswirkungen der Veranstaltung minimieren kann, hat man sich für die Bundeshauptstadt entschieden.

Mit dabei sind die amtierende OSZE-Vorsitzende Elina Valtonen (finnische Außenministerin) sowie die Außenministerinnen und -minister von 57 OSZE-Teilnehmerstaaten und elf Kooperationspartner.

Platzverbot am Heldenplatz

Anlässlich der Konferenz wird im Bereich des Heldenplatzes um den Veranstaltungsort per Verordnung der Wiener Polizei ab dem bereits 3. Dezember, 17 Uhr, ein Platzverbot erlassen. Bis wann das Verbot dauert, wird kurzfristig entschieden.

Die polizeiliche Verordnung ist nachfolgend zu lesen.

GZ: LSE W-201/4328/2025

VERORDNUNG

der Landespolizeidirektion Wien

Platzverbot

Aufgrund § 36 Abs. 1 SPG, BGBl. Nr. 566/1991 idgF, wird verordnet:

- § 1. Da aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, es werde in Wien, Innere Stadt, im Bereich Heldenplatz, anlässlich einer OSCE Ministerkonferenz, eine allgemeine Gefahr für Leben oder Gesundheit mehrerer Menschen oder eine allgemeine Gefahr für Eigentum oder Umwelt in großem Ausmaß entstehen, wird von der Landespolizeidirektion Wien als Sicherheitsbehörde das Betreten des Gefahrenbereichs und der Aufenthalt in ihm verboten und die Nichtbefolgung als Verwaltungsübertretung erklärt.

Der Gefahrenbereich wird wie folgt definiert:

Gesamter Verlauf des Volksgartenzaunes im Bereich des Heldenplatzes beginnend Seite Ring bis zum Zauneck mit dem Ballhausplatz.

Querung der Straße zur Präsidentschaftskanzlei Ecke Heldenplatz

Entlang der gesamten Gebäudefront des Leopoldinischen Trakts über die neue Burg bis zur Hausecke nach dem Weltmuseum Wien

Geradlinige Querung des Verbindungsweges zum Burggarten bis zum Zaun des Heldenplatzes / Burgring

Entlang des Zaunes am Heldenplatz bis zum Äußeren Burgtor

entlang der Fassade d. Äußeren Burgtores

Entlang des Heldenplatzzaunes bis über das Böhmtor zur Zaunecke mit dem Volksgarten

Es ist eine grafische Darstellung angeschlossen, die einen integrierenden Bestandteil der Verordnung bildet.

Das Betreten des im § 1 bezeichneten Gefahrenbereichs ohne Berechtigung und der Aufenthalt in ihm sind daher ab 3.12.2025 ab 17.00 Uhr verboten.

- § 2. Im Gefahrenbereich dürfen sich - abgesehen von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes - folgende Personen weiterhin aufhalten oder den Gefahrenbereich betreten:
- Angehörige des Magistrats der Stadt Wien in Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben (Rettungsdienst, Feuerwehr) sowie des Bundesheeres
 - Anrainer
 - Personen, die im Gefahrenbereich einer Erwerbstätigkeit nachgehen und dies glaubhaft machen können
 - Personen, die mit der Veranstaltung als Gäste oder sonst in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen
 - Akkreditierte Medienvertreter
 - Sonstige Personen, die eine entsprechende Notwendigkeit glaubhaft machen können mit ausdrücklicher Zustimmung der Landespolizeidirektion Wien.
- § 3. Die Nichtbefolgung des Verbotes nach § 1 stellt eine Verwaltungsübertretung nach § 84 Abs. 1, Zif. 1 SPG dar und wird mit Geldstrafe bis zu 1.000.- Euro, im Wiederholungsfall mit Geldstrafe bis zu 4.600.- Euro, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu vier Wochen bestraft.
- § 4. Diese Verordnung tritt mit 3.12.2025, 17.00 Uhr in Kraft. Um einen möglichst weiten Kreis potenziell Betroffener zu erreichen, erfolgt die Kundmachung durch Anschlag an den Sperren.
- § 5. Diese Verordnung wird aufgehoben, sobald die Gefährdung nicht mehr zu befürchten ist.

Der Landespolizeipräsident

Dr. Gerhard Pürstl e.h.

